

Politische Psychologie Geschichte, Defizite, Perspektiven¹⁾

Günter Krampen

Die politisch-psychologische Forschung wird sowohl von politologischer als auch von psychologischer Seite her zunehmend vernachlässigt und in weiten Teilen Demoskopie, Pädagogik und Soziologie überlassen. Die dadurch entstandene Einengung ihres Gegenstandsbereiches wird auf dem Hintergrund ihrer historischen Entwicklung besonders deutlich. Perspektiven für eine stärkere Anbindung der Politischen Psychologie an die Theorien- und Methodenentwicklung in der Psychologie allgemein, wie sie in früheren Zeiten bestanden hat, sind notwendig.

Ausgangspunkt meines Beitrages ist die These, daß die Politische Psychologie seit den 50er Jahren dieses Jahrhunderts in weiten Bereichen sowohl von Psychologie als auch von Politologie vernachlässigt wird. Einerseits zeigt sich dies darin, daß durch politisch-psychologische Forschung im Gegensatz zu früher keine bedeutsamen Stimulationen der Psychologie allgemein mehr ausgehen, andererseits darin, daß die politisch-psychologische Forschung zu wenig an die Entwicklungen in der Psychologie angebunden ist, vielmehr ihr (Schatten-)Dasein in einer zwar zumeist positiv bewerteten, aber gering frequentierten Nische unserer Wissenschaft fristet. Die Politische Psychologie konnte sich in den letzten vierzig Jahren nicht gegenüber anderen Spezialisierungen behaupten, sicherlich auch deswegen, weil sie (mit ganz wenigen Ausnahmen) sowohl in Forschung und Lehre als auch im Berufsbild unscharf blieb und im Gegensatz zu den anderen Spezialisierungsgebieten der Psychologie keine bzw. eine sehr geringe Institutionalisierung aufweisen kann. Das vorläufige (Zwischen-)Ergebnis ist ihre Vernachlässigung in der Psychologie.

Die Folgen einer solchen (zumindest partiellen) Vernachlässigung sind uns nun aus der entwick-

lungspsychologischen Forschung bekannt. Kümmern sich Eltern (hier Psychologie und Politologie) nicht hinreichend um ihr Kind (die Politische Psychologie), so besteht neben der Gefahr von Entwicklungsretardationen die der Verwahrlosung, wenn nicht Pflege- oder gar Adoptiveltern helfend und unterstützend eingreifen. Die Politische Psychologie hat — so meine ich — in Soziologie, Pädagogik und Demoskopie solche durchaus kompetenten Pflege- oder Adoptiveltern gefunden. Reicht dies aus? Sollten Politologie und Psychologie das eventuell ungeliebte Kind ganz diesen Ersatzeltern überlassen? Ich glaube nein! Durch die dominierenden Aktivitäten der Ersatzeltern wird nämlich der Gegenstandsbereich und z. T. auch die Methodologie der Politischen Psychologie unzulässig eingengt, ihre genuin politologischen und psychologischen Grundlagen werden nur unzureichend erforscht und abgedeckt, wodurch z. T. auch Rückschläge und Mißerfolge in verschiedenen Anwendungsbereichen (etwa im Bereich der Politischen Bildung) bedingt sind. Auch unter berufs- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten, die bei der Entwicklung und jeweiligen zeitlichen Dominanz bestimmter Spezialisierungsgebiete der Psychologie sicherlich eine beträchtliche Rolle gespielt haben und spielen (zuerst Fokussierung vieler Ausbildungsgänge auf Pädagogische, dann vermehrt auf Klinische Psychologie, nunmehr zunehmend auf Arbeits- und Organisationspsychologie, weil dort freie Arbeitskapazitäten vermutet werden), wäre es dumm, den Gegenstandsbereich einengen zu lassen und wesentliche Arbeitsmöglich-

Anschrift des Verfassers: PD Dr. *Günter Krampen*,
Universität Trier, FB I — Psychologie, Postfach 3825,
D — 5500 Trier.

1) Erweiterte Form eines Vortrages, der als Öffentliche Vorlesung anlässlich der Habilitation am Fachbereich I (Psychologie) der Universität Trier am 2. Juli 1985 gehalten wurde.

keiten für Psychologen anderen Berufsgruppen zu überlassen (wo sich gerade in der Politischen Bildung, den verschiedenen Bereichen einer Politikberatung und der Umwelterziehung erste größere Berufsfelder abzeichnen).

1. Zur Vergangenheit und Geschichte der Politischen Psychologie

Doch werfen wir zunächst einen Blick zurück in die lange Vergangenheit und die frühe Geschichte der Politischen Psychologie. Erste gemeinsame wissenschaftliche Wurzeln haben Politologie und Psychologie bei den griechischen Philosophen, insbesondere bei Platon und Aristoteles im 4. und 3. Jahrhundert vor Christi Geburt. Die antike Staatslehre von Platon umfaßt das Gesamtthema der Politik, das staatliche und auf den Staat bezogene Handeln. Die Beiträge Platons und Aristoteles zu einer frühen Psychologie brauche ich an dieser Stelle wohl nicht auszuführen (u. a. grundlegende Einsichten zum Leib-Seele-Zusammenhang, zum Erkenntnisprozeß, zur Assoziationslehre etc.). Bevor sich Politologie und Psychologie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als eigenständige Disziplinen etablieren konnten, traten im Laufe der Jahrhunderte immer wieder Wissenschaftler auf, die wesentliche Beiträge zu beiden Gebieten lieferten. So etwa Niccolò Machiavelli (1469—1527) zu einer Psychologie des Machthandelns und zu einer ersten modernen Grundlegung der theoretischen Politik (Theorie der Staatsraison), Thomas Hobbes (1588—1679) zur hedonistischen Perspektive in der Motivationspsychologie und zu den Bedingungen gesellschaftlich-staatlichen Wandels und John Locke (1632—1704) zur Differenzierung von Primär- und Sekundärqualitäten in der Wahrnehmung und zur Lehre von den politischen Institutionen. Dies verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß „Politik und Psychologie (. . .) den gleichen Gegenstand (haben): den Menschen in den drei Gestalten, in denen er im Leben in Erscheinung tritt: als Einzeln, als Gruppe und als Masse“ (wie es Scherke in seiner 1961 erschienenen Monographie zu einer phylogenetisch orientierten politisch-psychologischen Charakterologie ausgedrückt hat; Scherke 1961, S. 7).

Die Zeit wissenschaftlicher Generalisten, die weite Bereiche des jeweiligen Erkenntnisstandes überblickten und wesentliche Beiträge zu verschiedenen Disziplinen lieferten, ist nun spätestens seit dem letzten Jahrhundert vorbei. Das Gebot der Multi-, im besseren Fall der Interdisziplinarität bleibt jedoch auch in einer zunehmend durch Arbeitsteilung gekennzeichneten Erkenntnisproduktion insbesondere

für „Bindestrich-Disziplinen“, wie es die Politische Psychologie eine ist, bestehen. Zumindest Multidisziplinarität kann der frühen Geschichte der Politischen Psychologie (d. h., nach der Etablierung ihrer „Mutterdisziplinen“ als eigenständige akademische Fächer), die in der Psychologie um die Jahrhundertwende mit den Arbeiten LeBons (1895) und Freuds (1921) und in der Politologie in den 30er Jahren mit den Arbeiten von Lasswell (1930, 1935) einsetzte, zugeschrieben werden (siehe hierzu auch Krampen, 1985a). Auch spätere Arbeiten aus Politologie (vgl. etwa Schumpeters (1942) Analysen von Staatsformen unter Einbeziehung der politischen Partizipation der Bürger) und Psychologie (vgl. etwa Fromms (1941) Versuch, Beziehungen zwischen der analytischen Theorie des sado-masochistischen Charakters und totalitären Staatsformen aufzuzeigen) sind durch das Bemühen gekennzeichnet, wichtige Aspekte aus der jeweils anderen Disziplin zu integrieren.

Höhepunkt dieser Arbeiten auf Seite der Psychologie bilden die Beiträge von Wissenschaftlern, die im Dritten Reich aus Deutschland emigrieren mußten (zur Würdigung und zum allgemeinen Einfluß ihrer Arbeiten auf die Entwicklung der Psychologie siehe auch Ash 1984). Anfang der 40er Jahre begannen in den USA unter starker Beteiligung deutscher Emigranten die Forschungsarbeiten zur autoritären Persönlichkeit.

Neben dem frühen Beitrag von Reich (1933) zu einer „Massenpsychologie des Faschismus“, Horkheimers (1936) „Studien über Autorität und Familie“ und der bereits erwähnten Studie Fromms (1941) sind zwei weitere Autoren unter den Vorläufern zu erwähnen, die heute vor allem in anderen Zusammenhängen zitiert werden. Erik Homburger Erikson (1942), bis 1935 Psychoanalytiker in Wien, publizierte 1942 in der Zeitschrift „Psychiatry“ eine sorgfältige Analyse der Erziehungsideologie des Nationalsozialismus, bei der er von Hitlers „Mein Kampf“ ausging; Abraham H. Maslow (1943) beschäftigte sich 1943 als erster amerikanischer Autor im „Journal of Social Psychology“ mit Fromms Arbeiten zum Autoritarismus und ihrer Bedeutung für soziale Einstellungen.

Analytisch orientiert und unter Einsatz früher Methoden der klassischen Testtheorie wurden dann die Arbeiten zur autoritären Persönlichkeit durchgeführt (Frenkel-Brunswick & Sanford, 1945; Adorno et al., 1950). Mit diesen Arbeiten wurden über den engeren Bereich einer Politischen Psychologie hinaus wesentliche Beiträge und Anstöße zur differentiellen Psychologie und Persönlichkeitspsychologie, zur Einstellungsforschung in der Sozialpsychologie und zur Methodenlehre (insbesondere zur Fragebogenkonstruktion und zu Antworttendenzen in der Psychodiagnostik) gegeben, die sich in einer Vielzahl von (natürlich auch kritischen, aber die Forschungsentwicklung fördernden) Folgearbeiten

niedergeschlagen haben (siehe etwa Eyferth, 1959; Adorno, 1959; zusammenfassend: Sanford, 1973; zur „Wiederentdeckung“ in den 60er Jahren siehe Hartmann, 1980; zu Forschungsperspektiven siehe Schneewind, 1985).

Gleiches gilt für die ebenfalls politisch motivierten und politisch orientierten experimentellen Arbeiten von Lewin, Lippit & White (1939), die zumeist fehlerhafter Weise gar nicht der Geschichte der Politischen Psychologie, sondern nur der frühen empirischen (typologisch orientierten) Erziehungstilforschung zugerechnet werden. Ähnlich wie in den theoretischen Analysen von Fromm (1941) und Erikson (1942) bezog sich die Ausgangsfrage von Lewin auf die Auswirkungen totalitär-autoritärer Erziehungs- und Führungsideologien, wie sie im Nationalsozialismus verwendet wurden, auf das Verhalten von Individuen. Aus eventuell rein pragmatischen Gründen wurde dieser Frage empirisch in Gruppen von Kindergartenkindern nachgegangen; Resultat sind die wohl bekannten Befunde zu den Auswirkungen autoritärer, demokratischer und „laissez faire“ Führungs- und Erziehungsstile in Kleingruppen. Auch diese Arbeiten von Lewin und Mitarbeitern stimulierten die Forschung weit über die Politische Psychologie hinaus. Es profitierten nicht nur die Pädagogische Psychologie (Erziehungstilforschung; siehe etwa Tausch, 1958; Lukesch, 1975) und die Sozialpsychologie (Führungstilforschung; siehe etwa Irle, 1975, S. 490ff.), sondern erneut ebenfalls die Methodenlehre (insbesondere Versuchsplanung und Überlegungen zur internen und externen Validität von Experimenten; vgl. etwa Gage, 1963). In dieser Zeit war die politisch-psychologische Forschung also nicht nur eng an die psychologische Forschung allgemein angebunden, sie konnte darüber hinaus der Psychologie wertvolle inhaltliche und methodische Anregungen geben; sie diente z. T. als Schrittmacher der Wissenschaftsentwicklung.

Seit den 50er Jahren hat die politisch-psychologische Forschung diese Schrittmacher-Funktion verloren. Wichtige Inhaltsbereiche (wie Partizipationsforschung und politische Bildung) wurden in weiten Teilen anderen Disziplinen überlassen (siehe unten); neben (auch frühen) programmatischen Beiträgen (vgl. etwa Jacobsen, 1949, 1956; Krieger, 1978; Hartmann, 1980; Preiser, 1982a), die sich allerdings bislang in nur wenigen empirischen und praxeologischen Folgearbeiten niedergeschlagen haben, ist die politisch-psychologische Forschung der letzten drei bis vier Dekaden auch international vor allem durch Versuche gekennzeichnet, Theorien und Methoden aus anderen Forschungsprogrammen auf ihre Gegenstandsbereiche zu übertragen. Kreativ-konstruktive Entwürfe von Theorien und Methoden,

die exportiert werden können, findet man im Gegensatz zu früher kaum mehr. Auch die zumeist mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung vorgenommenen Anwendungen importierter Ansätze führen nur selten zu Rückkopplungen, die ein Hinweis für konstruktive Weiterentwicklungen und Differenzierungen von Theorien und/oder Methoden sind (Ein seltenes positives Beispiel sind die auch durch politisch-psychologische Forschungsarbeiten stimulierten Differenzierungen des Konstrukts der Kontrollüberzeugungen; siehe hierzu Krampen, 1982, S. 44ff. und 169ff.).

Was bleibt aktuell neben dem zuletzt Gesagten? Pointiert könnte man einerseits von einem „Ausdem-Felde-Gehen“ in vielen Inhaltsbereichen — zum Teil zu Gunsten anderer Disziplinen — sprechen, andererseits von einer selektiven Konzentration auf bestimmte Themengebiete wie etwa neuerdings Umweltverhalten und -planung (siehe etwa Fietkau, 1979, 1981; Fischer, 1985) sowie Friedensbewegung und -forschung (siehe etwa Kempf, 1984), was auf die einseitige Dominanz einer reaktiven gegenüber einer auch aktiven, Grundlagen-orientierten politisch-psychologischen Forschung verweist. Im folgenden möchte ich für einige zentrale Themen der Politischen Psychologie die angesprochenen Defizite und gefährlichen Entwicklungen aufzeigen und zugleich einige Perspektiven für die Zukunft entwickeln, die für ihre stärkere Anbindung an die psychologische Forschung allgemein sorgen können. Zielsetzung ist, daß sich politisch-psychologische und psychologische Forschung allgemein wieder wechselseitig befruchten und stimulieren und so zum Erkenntnisfortschritt auf theoretischer und methodologischer Ebene verstärkt beigetragen wird.

2. Defizite der Politischen Psychologie und Perspektiven

Spätestens hier ist zunächst einmal der Begriff der Politischen Psychologie zu klären. Darauf, daß dieser Terminus sprachlogisch unzutreffend und deshalb mißverständlich ist, verwies bereits Scherke (1959, S. 333): „denn eine ‚politische‘ Psychologie setzt doch — im Sinne des üblichen Verwendung des Adjektivs politisch — als ihr Gegenteil eine ‚unpolitische‘ Psychologie“. Scherkes Vorschlag, Politische Psychologie durch den Begriff der „Psychopolitik“ (in Anlehnung an den der Psychotechnik) zu ersetzen, konnte sich jedoch — wohl auch aus sprachästhetischen Gründen — nicht durchsetzen. Politische Psychologie bleibt aber ein problematischer Begriff, an dem sich dann auch immer wieder Dispute entzünden. So wird etwa von Vertretern der

marxistisch orientierten Psychologie immer wieder betont, daß die gesamte Psychologie politisch sei (siehe etwa Braun, 1978). Im Wörterbuch der Psychologie aus der DDR (Claus et al., 1981(3)) sucht man den Begriff der Politischen Psychologie vergeblich; auch hier steht — wie in so vielen Einführungskapiteln von Texten aus der DDR — das Konzept im Vordergrund, die Psychologie sei angetreten, bei der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und einer entsprechenden Gesellschaft mitzuwirken, sei damit von ihrem gesamten Auftrag her parteilich und politisch. Auch in der Sektion Politische Psychologie des BDP wird die Diskussion um den Gegenstand der Politischen Psychologie zum Teil unter der Alternative „wenn nicht alles, was dann?“ geführt (siehe etwa den vierten Abschnitt in Preiser, 1982b). Wenn wir den Begriff Politische Psychologie nicht durch seine Gleichsetzung mit dem der Psychologie überflüssig machen wollen und ihn auch nicht zur Kennzeichnung einer ideologisch verhafteten „Schule“ der Psychologie verwendet wissen wollen, müssen wir mit seiner Problematik leben. In Form einer Arbeitsdefinition möchte ich hier für eine pragmatische Verwendung plädieren, die im Kern auf die bereits angeführte Begriffsbestimmung der Politik von Platon zurückgeht. Mit dem Wissen, daß in psychologischer Arbeit stets Zielanalysen und Wertungen (die zu explizieren sind) eine zentrale Rolle spielen, und unter der Voraussetzung, daß die Politische Psychologie eine pluralistische (d. h. nicht einseitig ideologisch verhaftete) Wissenschaft ist, favorisiere ich die Verwendung des Begriffs Politische Psychologie für einen Kernbereich psychologischer Themen mit direktem Bezug zum staatlichen und auf Staat sowie Gesellschaft bezogenen Handeln. Mit einigen Themen, die diesem Kernbereich eindeutig zugeordnet sind, will ich mich im folgenden auseinandersetzen, wobei aber durch diese Auswahl keinesfalls das breitere Spektrum politisch-psychologisch relevanter Themen verdeckt werden soll (siehe hierzu etwa Baeyer-Katte, 1971; Knutson, 1973a; Günther, 1982).

2.1 Politische Partizipation

Die Frage, warum einige Menschen auf eine bestimmte Art und Weise politisch aktiv sind, andere dagegen nicht, steht im Fokus der politischen Partizipationsforschung. Parallel zu Entwicklungen in der Psychologie allgemein hat man sich in ihrem Rahmen (mit leichter zeitlicher Verzögerung) unter verschiedenen Perspektiven mit dieser Frage beschäftigt: (1) Zunächst unter phänomenologisch-typologischer Perspektive mit starken phylogenetischen und

anthropologischen Anteilen (siehe etwa Scherkes, 1961; Beschreibungen des „politischen Charakters“ und seiner Entwicklungen); (2) Später und z. T. auch heute noch unter induktiv-typologischer (d. h. empirischer) Perspektive, wobei häufig cluster- oder faktorenanalytische Datenreduktionstechniken zum Einsatz kommen (siehe etwa die „Typen des politischen Habitus“ bei Habermas et al., 1969(3): „Die Unpolitischen, die irrational Distanzierten, die rational Distanzierten, die naiven und reflektierten Staatsbürger sowie die politisch Engagierten“; oder die Vielzahl der empirischen Partizipationstypologien, siehe etwa Milbrath & Goel, 1977(2); Kohr et al., 1981; Uehlinger, 1984); (3) Dann unter Bezug auf „klassische“, aus der faktorenanalytischen Tradition der Persönlichkeitspsychologie stammenden Persönlichkeitsmerkmale (siehe etwa Winborn & Jansen, 1967; auch noch Steck, 1976); (4) Schließlich — und das dürfte der aktuelle Forschungsschwerpunkt sein — unter Bezug auf bereichsspezifische Persönlichkeitsmerkmale, Einstellungen und selbstbezogene Kognitionen wie etwa Selbstwirksamkeit, Kontrollüberzeugungen, Kausal- und Finalattributionen, Werthaltungen, Zufriedenheit mit den politischen Gegebenheiten etc. (siehe etwa Knutson, 1973b; Barnes et al., 1979; Wieberg & Krampen, 1982; Preiser, 1983a; Schneider, 1983). Nur unter der zuletzt genannten Forschungsperspektive deuten sich von der Varianzaufklärung her einigermaßen zufriedenstellende und konsistente Zusammenhangsbefunde mit Indikatoren des politischen Engagements an.

Die genannten, zu Entwicklungen in der Psychologie allgemein zumeist mit leichter Verzögerung vorgelegten (eine seltene Ausnahme sind frühe politisch-psychologische Analysen von Selbstwirksamkeitskognitionen, die etwa von Balch, 1974, sowie Guest, 1974, klar vor den bekannter gewordenen Arbeiten Banduras, 1977, vorgelegt worden sind) Arbeiten machen aber nur einen sehr kleinen Teil der Partizipationsforschung aus. Im Vordergrund stehen vielmehr Analysen von Partizipationsformen und -typen (siehe etwa Milbrath & Goel, 1977(2), Kohr et al., 1981, Uehlinger, 1984) sowie spezifische Arbeiten zum Wahlverhalten und zu Parteipräferenzen (siehe etwa Verba & Nie, 1972; Himmelweit et al., 1981), die auf repräsentativen Umfragen basieren. Hyman (1973, S. 322) stellt selbstkritisch fest, daß solche repräsentativen Umfragen in der Partizipationsforschung „omnipräsent“ sind und für „omnipotent“ gehalten werden. Beim Tanz um das goldene Kalb der Repräsentativität (wegen der Kosten im wahrsten Sinne des Wortes) werden die Probleme solcher Umfragen und ihre Gefahren allzu leicht übersehen. Neben den politischen Auswirkungen der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse

selbst (dies wäre ein eigenes Thema für die Politische Psychologie) sind zunächst methodische Probleme zu bedenken. Auf dem 20. Jahreskongreß des Bundesverbandes Deutscher Markt- und Sozialforschung wurde über die Ergebnisse einer „Umfrage über Umfragen“ berichtet (Fröhner, 1985). Ein Befund ist, daß nur knapp 70 % der Angesprochenen bereit sind, Mitarbeitern von Umfrageinstituten etc. ein Interview zu geben. Als Ablehnungsgrund wird mit 60 % am häufigsten Angst vor Datenmißbrauch o. ä. genannt, ein Motiv, das — egal ob berechtigt oder nicht — gerade in politisch-psychologischen Umfragen zu erheblichen Stichprobenverzerrungen führen dürfte. Auch durch noch so ausgeklügelte Schichtungs- und Quotenmodelle sinkt mit der Ausfallquote die Repräsentativität der Stichprobe und Generalisierungen auf eine Population sind in hohem Maße fehlerbehaftet. Zugleich wird auch häufig aus dem Auge verloren, daß repräsentative Umfragen allenfalls punktuelle Beschreibungen politischer Einstellungen gestatten, jedoch keine Handlungsvorhersagen oder gar wissenschaftliche Erklärungen. Trotzdem wurden weite Bereiche der Partizipationsforschung dem „Pflegevater“ Demoskopie überlassen, wodurch sie zum großen Teil auf eine reine „Wahlforschung“ reduziert wurde (siehe hierzu auch Atteslander, 1982). Die Soziologie hat sich ebenfalls der vernachlässigten Partizipationsforschung angenommen und makropolitisch (siehe etwa Weede, 1975), demographisch und sozial-strukturell orientiert (siehe im Überblick Streiffeler, 1975) politische Partizipation untersucht. In jüngster Zeit wird dabei sogar eine direkte Brücke zur Psychologie geschlagen. Karl Dieter Opp, der den meisten Psychologen von seiner „Methodologie der Sozialwissenschaften“ (Opp, 1970) bekannt ist, gelang mit seinen Mitarbeitern am Hamburger Institut für Soziologie der empirische Nachweis, daß durch ein Modell der psychologischen Handlungstheorie, das auf den Grundannahmen der Erwartung-Wert-Theorie basiert, die aktive Teilnahme in Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke besser vorhergesagt werden kann als durch ein soziologische bzw. demographische Variablen umfassendes Modell (Opp et al., 1984). Eigene Arbeiten (Krampen, 1984a, 1985b; Krampen & Wünsche, 1985) weisen ebenfalls auf den hohen prognostischen Wert handlungstheoretischer Modellvorstellungen für verschiedene Formen der politischen Partizipation. Damit bahnt sich eine theoretische Grundlegung der Partizipationsforschung an, die auch für die politische Bildung (vgl. hierzu auch Krieger, 1982; Preiser, 1983b) und die politische Sozialisationsforschung (vgl. hierzu auch Brandtstädter, 1985) fruchtbar gemacht werden kann. Ausgangspunkt dieser Arbeiten

ist der (naheliegende) Gedanke, politische Aktivität und Passivität als Formen zielgerichteten und erwartungsgesteuerten Handelns (bzw. Nicht-Handelns) zu konzeptualisieren, das aus der Transaktion des Individuums mit seiner (politischen) Umwelt resultiert.

In der Partizipationsforschung wurde politische Aktivität zwar schon früher als das Ergebnis eines Entscheidungsprozesses betrachtet (siehe Smith, 1968; Milbrath & Goel, 1977(2)); mit wenigen Ausnahmen (im Bereich der reinen „Wahlforschung“; siehe etwa Downs, 1957; Himmelweit et al., 1981) wurde dieser prinzipiell handlungstheoretische Ansatz in der empirischen Umsetzung aber dadurch verwischt, daß unter starker persönlichkeitspsychologischer Orientierung vorgegangen wurde, was sich stets an den Operationalisierungen der Variablen durch Persönlichkeits- und Einstellungsskalen deutlich zeigt (siehe etwa Crawford & Naditch, 1977; Barnes et al., 1979; Wieberg & Krampen, 1982). Dadurch kann diesen Arbeiten allenfalls eine lockere (und verdeckte) handlungstheoretische Anbindung zugesprochen werden. Politische Aktivitäten werden in ihnen nicht gezielt als Formen reflexiven, erwartungsgesteuerten und zielgerichteten Handelns untersucht, sondern als abhängig von zeitlich und transsitativ relativ stabilen Personmerkmalen wie Selbstwirksamkeit, Kontrollüberzeugungen, Vertrauen in die Regierung, Systemzufriedenheit etc.

Anders ist dies lediglich in den Einstellungsanalysen von Muller (1978, 1982), in den bereits erwähnten Arbeiten von Opp et al. (1981, 1984) und in einigen eigenen Arbeiten (Krampen, 1984a, 1985b; Krampen & Wünsche, 1985; Krampen & Terwint, 1985). Gemeinsamer Ausgangspunkt dieser handlungstheoretischen Analysen politischer Partizipation ist die Kernannahme der Erwartungs-Wert-Theorien, nach der Handeln durch Rekurs auf (1.) subjektive Bewertungen von Handlungsergebnissen oder Ereignissen und (2.) subjektive Erwartungen, daß einer bestimmten Handlung in einer gegebenen Situation ein Ereignis folgt oder nicht, beschrieben und vorhergesagt wird (siehe hierzu im Überblick Krampen, 1982).

Für die Gültigkeit dieser Annahme liegt empirische Evidenz aus verschiedensten Forschungsbereichen der Psychologie vor (siehe zusammenfassend Mitchell, 1974; Heckhausen, 1980; Krampen, 1982). Dies erstaunt nicht, wenn man bedenkt, daß sich für die Erwartungs-Wert-Theorie apriorische Elemente (siehe hierzu ausführlicher Smedslund, 1980; Brandtstädter, 1982) nachweisen lassen. Dann, wenn Handeln als intentionale und reflexive Aktivität definiert und untersucht wird, ist der Rückgriff auf Handlungsziele und Erwartungen über die Zielerreichung schon sprachlich vorgegeben. Der Annahmekern (und auch seine Differenzierungen) der Erwartungs-Wert-Modelle ist somit begriffsanalytisch begründbar (siehe hierzu insbesondere Vollmer, 1982); empirisch prüfbar bleiben jedoch seine Anwendungen auf konkrete Problemstellungen (siehe auch Laucken, 1982) — also etwa politisches Handeln —, wobei die inhaltliche Füllung der abstrakt bestimmten

Variablen von besonderem Interesse ist. Probleme dieser Ansätze, zu deren Lösung Anwendungen in der Politischen Psychologie beitragen können, betreffen etwa die Operationalisierungen, die mathematischen Annahmen und Verrechnungsvarianten in Formalisierungen, die Frage inter-versus intraindividueller Handlungsvorhersagen, die doppelte Kausalitätsproblematik in empirischen Prüfungen, die Frage nach möglichen Geltungsbereichseinschränkungen der Theorie situativer und persönlichkeitspsychologischer Art sowie die Frage nach der Unabhängigkeit der Prädiktorvariablen (siehe Krampen, 1982, S. 37 ff.). Realisierungen eines entsprechenden Forschungsprogramms in der Politischen Psychologie sorgen somit nicht nur für ihre engere Anbindung an die allgemeine Psychologie auf theoretischer Ebene, sondern lassen auch auf Rückkopplungen hoffen, durch die die allgemeine Theorien- und Methodenentwicklung vorangetrieben wird.

Was wurde in den wenigen bislang vorliegenden Arbeiten im Rahmen eines solchen handlungstheoretischen Forschungsprogramms zur politischen Partizipation bisher konkret geleistet? In Mullers (1978, 1982) Arbeiten konnten Einstellungen gegenüber aggressiver und nicht aggressiver („demokratischer“) politischer Partizipation durch Rückgriff auf das instrumentalitätstheoretische Modell von Fishbein & Ajzen (1975), das ein spezieller Vertreter der Erwartungs-Wert-Theorien ist, rekonstruiert werden. Opp et al. (1981, 1984) haben die Einstellungsebene verlassen und konnten zeigen, daß durch das erwartungswert-theoretische Basismodell (s. o.) die reale Teilnahme an Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke vorhergesagt werden kann. Theoriegeleitet konnten somit Konkordanzen von Einstellungen und politischen Handlungen nachgewiesen werden, was für entsprechende Diskussionen — insbesondere in der Sozialpsychologie (vgl. etwa Six, 1975) — wichtig und förderlich ist. Daß dies im direkten Theorienvergleich (s. o.) gelang, sei besonders hervorgehoben, da man solche Studien nur sehr selten findet. Auch die eigenen Arbeiten konzentrieren sich auf Analysen zu „harten“ Kriterien politischer Partizipation (Außenkriterien sowie behaviorale Parameter exponierter und konventioneller politischer Partizipation; zu den verschiedenen Partizipationsindikatoren und ihrer Problematik siehe Krampen & Wünsche, 1984). In zwei Studien (siehe Krampen, 1985b) konnte die prognostische Bedeutung individuell vertretener Wertorientierungen und Handlungsziele sowie auf sie bezogener Erwartungen für weiche und harte Indikatoren politischen Engagements nachgewiesen werden. Nach dem einfachen Grundmodell der Erwartungs-Wert-Theorie wurde das politische Engagement von Studenten durch die kognizierten Folgen und die Bewertung dieser Folgen erfolgreich vorhergesagt. Handeln wird auf subjektive Valenzen (V) und allgemeine Einflußerwartungen (K), politisches

Handeln auf die gleichen Valenzschätzungen (V) und auf für politisches Handeln spezifische Einflußerwartungen (E) zurückgeführt. Empirisch zeigte sich, daß in beiden Stichproben politisches Engagement ausschließlich durch die theoretisch postulierte Verknüpfung von V und E, nicht jedoch durch die Einzelvariablen und die Verknüpfung von V und K statistisch und praktisch signifikant vorhergesagt werden kann (siehe Krampen, 1985b). Neben der Bedeutung für die Partizipationsforschung kommt diesen Analysen durch den Vergleich verschiedener Vorhersagemodelle ein allgemeiner die handlungstheoretische Forschung betreffender Wert zu. Gleiches gilt für das prädiktionsanalytische Vorgehen in den Hypothesenprüfungen, das alternativ zum üblichen, jedoch nicht unproblematischen korrelationsstatistischen Vorgehen realisiert wurde. In zwei Folgestudien wurde ein differenzierteres Erwartungs-Wert-Modell, in dem die molaren Erwartungs- und Valenzkonzepte spezifiziert werden, verwendet (siehe hierzu ausführlicher Krampen, 1984a). Konnte in der einen der beiden Folgestudien der Wert dieses differenzierten Modells unter Bezug auf individuell vertretene Werthaltungen und auf sie bezogene Erwartungen bestätigt werden (Krampen & Terwint, 1985), so bezieht sich die andere nicht mehr auf Werthaltungen, sondern auf antizipierte („kritische“) politische Ereignisse. In das differenzierte Erwartungs-Wert-Modell wird somit die Überlegung integriert, daß sich die transaktionale Streßtheorie (sensu Lazarus, 1981) und die zentralen Variablen der Forschung zu kritischen Lebensereignissen (siehe etwa Filipp, 1981) erwartungswerttheoretisch reinterpreten lassen (Krampen, 1984a). In einer empirischen Studie, an der 50 unkonventionell politisch aktive und 50 politisch passive junge Erwachsene beteiligt waren, konnten die Adäquatheit modellinterner und modellexterner Variablenverknüpfungen bestätigt werden. Über die Partizipationsforschung hinaus konnten somit in diesen Arbeiten Beziehungen zwischen verschiedenen theoretischen Ansätzen aus anderen Bereichen der Psychologie expliziert und verdeutlicht werden. Für das differenzierte Erwartungs-Wert-Modell ist der Befund zentral, daß für alle Basisvariablen bedeutsame Unterschiede in der zentralen Tendenz nachgewiesen werden konnten. In den entsprechenden Analysen zeigte sich, daß Unterschiede in der politischen Aktivität primär auf Unterschiede in den Erwartungsschätzungen, kaum dagegen auf solche in den subjektiven Bewertungen zurückgeführt werden können. Durch ein an anderer Stelle dargestelltes handlungstheoretisches Partialmodell der Persönlichkeit (Krampen, 1984b, 1985c) werden in diesem Forschungsprogramm für die Partizipationsforschung

auch Interaktionen zwischen situationsspezifischen Kognitionen und Persönlichkeitsmerkmalen faßbar. Gedient wird damit sowohl der Politischen Psychologie als auch der Psychologie allgemein; die Politische Psychologie hat wieder — neben ihrer stärkeren Anbindung an die Psychologie — verstärkt die Chance, in den Blickpunkt der Psychologie unter theoretischem und methodischem (nicht nur unter „naiv-bewertendem“) Aspekt zu gelangen und essentiell zum allgemeinen Erkenntnisfortschritt beizutragen.

2.2 Politische Sozialisation

Für Theorie und Praxis der politischen Bildung und der Partizipationsforschung gleichermaßen wichtig sind Erkenntnisse zur politischen Sozialisation. „Politische Ideen entstehen nicht plötzlich nach dem 18. Geburtstag, genauso wenig wie da Tabak- und Alkoholkonsum beginnen.“ (Niemi, 1973, S. 117; Übersetzung vom Autor). Die Genese politischen Denkens und Handelns bei Kindern und Jugendlichen wurde bislang in der Psychologie nur ansatzweise untersucht; pädagogische und soziologische Arbeiten sind auch hier überproportional vertreten. Wenige Beiträge aus der Erziehungsstilforschung weisen auf den Einfluß unterschiedlicher Sozialisationsagenten und den spezifischer Erziehungsumwelten in der Familie (siehe im Überblick Niemi, 1973; siehe auch Schneewind, Beckmann & Engfer, 1983). Erste entwicklungspsychologische Untersuchungen weisen darauf, daß politisches Lernen bereits im Grundschulalter beginnt. Hess & Torney (1970(2)) strukturieren die Entwicklung anhand von Interviewdaten von Schülern sehr allgemein nach (a) Identifikation politischer Objekte, (b) politischen Konzeptualisierungen, (c) subjektivem Involvement und (d) ersten Anzeichen offener politischer Partizipation (Tragen von Abzeichen, politische Gespräche etc.), wobei sie über ganz erhebliche interindividuelle Differenzen berichten. Theorieorientiert konnte Stevens (1982) bei Kindern zwischen sieben und elf Jahren Entwicklungsverläufe im politischen Denken nachweisen, die recht gut mit Piagets Vorstellungen zur kognitiven Entwicklung in Einklang gebracht werden können. In Gruppendiskussionen von Kindern stellte er bei Vier- bis Siebenjährigen ein intuitives (voroperatorisch-anschauliches) politisches Denken, bei älteren ein konkret-operatorisches fest. Erste indikative und evaluative Hinweise für die politische Bildung und Erziehung deutet Stevens (1982) als Konsequenz seiner Befunde an. Fortschreibungen solcher Untersuchungen in die Adoleszenz und das frühe Erwachsenenalter, denen für politisch-kulturelle Fortentwicklungen besondere Bedeutung

zugeschrieben wird (vgl. etwa Niemi, 1973), werden die politische Sozialisationsforschung entwicklungspsychologisch fundieren helfen.

Neben der konstruktivistischen Entwicklungstheorie Piagets bietet hierbei auch ein dezidiert aktionales Entwicklungskonzept, das zu handlungstheoretischen Entwürfen in Beziehung steht (siehe auch 2.1), Zukunftsperspektiven für die Forschung und Praxis der politischen Sozialisation. Große Bereiche der Humanentwicklung finden in und durch Handlungen statt, was für den Aufbau von Handlungsorientierungen im Jugendalter bei Brandtstädter (1985) und für solche im Erwachsenenalter allgemein bei Brandtstädter, Krampen & Heil (1985) sowie Brandtstädter, Krampen & Greve (1986) ausgeführt ist. Empirische Studien im Rahmen solcher Forschungsprogramme können dabei helfen, das sich bislang in der banalen (weil für viele Aktivitätsbereiche geltenden), zusammenfassenden Feststellung von Milbrath & Goel (1977(2), S. 144) erschöpfende Wissen zu überwinden, daß konventionelle politische „Partizipation kontinuierlich mit dem Alter zunimmt bis die Spitze im mittleren Erwachsenenalter erreicht ist, danach nimmt sie graduell mit dem Alter ab.“ (Übersetzung vom Autor). Die spezifischen Entwicklungsbedingungen bestimmter Partizipationsformen und der dahinter stehenden Handlungsorientierungen müssen verstärkt untersucht werden. Dabei müssen nicht nur kritische Lebensereignisse, die ja durchaus auch politische sein können (siehe Krampen & Wünsche, 1985), sondern auch kontinuierlich und evtl. lang wirksame Entwicklungsbedingungen wie Arbeitssituation und politisch-kulturelle Systemzugehörigkeit von der psychologischen Forschung stärker berücksichtigt werden, um zu einem adäquateren Fundament für die Partizipationsforschung und die politische Bildung zu kommen.

Die für die politische Partizipationsforschung dargestellte handlungstheoretische Orientierung wird also auch im Bereich der politischen Sozialisationsforschung hilfreich sein, jedoch — so glaube ich — alleine nicht ausreichen. Handlungstheorien sind zwar (noch?) in aller Munde, man darf sie aber auch nicht überschätzen. Andere Anbindungen der politisch-psychologischen Forschung an die Psychologie und Neuentwürfe sind notwendig. Neben Anwendungen und Differenzierungen bestimmter Entwicklungstheorien (etwa der Piagets; s. o.) sind auch Rückgriffe auf allgemeinspsychologische Ansätze sinnvoll. Oftmals vergessen werden in der politischen Sozialisationsforschung etwa kognitiv-intellektuelle Variablen, die sich auf das politische Wissen und die Informiertheit beziehen. Sogar in kognitivistischen — erst recht in emotionalistisch-vitalistischen —

Ansätzen der Psychologie wird dieser Aspekt häufig übersehen. Der Prozeß des (politischen) Informierens, der Rezeption und Reflexion entsprechender Inhalte und der eigenen Person ist eine Voraussetzung für jede politische Partizipation. Es steht zu befürchten, daß nach wie vor die von Hyman & Sheatsley (1947) für die Bevölkerung der USA beschriebenen Extremtypen des „chronic know-nothing“ und des „know it all“ des politischen Wissens überbesetzt sind. Wenn dann noch das folgende sarkastische Zitat des Futurologen und Schriftstellers Stanislaw Lem stimmt, wird es um unsere Welt schlecht bestellt sein: „Die sich ständig verschlechternde intellektuelle Qualität der führenden politischen Eliten ist eine Folge der wachsenden Komplexität unserer Welt. Weil niemand diese Welt voll erfassen kann, und wenn er noch so weise wäre, drängen jene zur Macht, die sich darüber keine Sorgen machen.“ (Lem, 1983, S. 55).

Die Entwicklungen des politischen Denkens, seine Regelmäßigkeiten und seine Probleme, an denen es sich immer wieder stößt (etwa die von Lem angesprochenen, von Simon, 1957, als „Prinzip der begrenzten Rationalität“ benannten Beschränkungen der menschlichen Kapazität zur Informationsaufnahme und -verarbeitung), können auf dem Hintergrund der Allgemeinen Psychologie zum Beispiel fruchtbar in Simulationsexperimenten analysiert werden. Die bekannten Arbeiten von Dörner et al. (1982) zum Problemlösen in komplexen, intransparenten Systemen können ebenso wie die Arbeit von Kühle (1983) zum Lösen historischer Problemsituationen als erste Beiträge dazu bezeichnet werden, da ihr Ausgangspunkt politische Probleme sind. Weitere Bezüge zur Theorienbildung in der Allgemeinen Psychologie sind sinnvoll möglich. Exemplarisch möchte ich eine weitere eigene Arbeit anführen (Krampen, 1985d), in der unter Rückgriff auf psycholinguistische und gedächtnispsychologische Theorien aus der Allgemeinen Psychologie gezeigt werden konnte, daß Personen Abkürzungen politischer Begriffe anders kodieren und verwenden als deren Wortlaute. So verfügen etwa Abkürzungen mit hoher Verwendungshäufigkeit (wie etwa CDU, SPD, DDR, UNO, NATO) über eine höhere Bedeutungshaltigkeit und Bildhaftigkeit als ihre Wortlaute, bei Abkürzungen mit geringer Verwendungshäufigkeit (wie etwa EG, DKP, BRD, NPD) ist dies umgekehrt. Unbekannte bzw. häufig falsch verstandene Abkürzungen verfügen im inzidentellen Lernen dann gegenüber den Wortlauten über einen erheblichen Reproduktionsvorteil, wenn sie zugleich eine hohe Verwendungshäufigkeit aufweisen. Häufige Abkürzungen führen ferner zu ähnlicheren Assoziationsverteilungen als die Wortlaute,

seltene Abkürzungen dagegen zu unähnlicheren. Von Synonymität zwischen dem Wortlaut politischer Begriffe der Alltagssprache und ihren Abkürzungen kann also keine Rede sein. Auch die in diesen Studien geleistete Anbindung an allgemeinspsychologische Ansätze kann helfen, theoretische Defizite der Politischen Psychologie aufzufüllen und ihr ein breiteres methodisches Fundament zu geben, wobei „Re-Importe“ im Sinne positiver und negativer Rückkopplungen wahrscheinlicher werden als sie es in den letzten 30 bis 40 Jahren waren.

2.3 Politische Bildung

Im Altertum faßt man unter der politischen Bildung die Erziehung einer kleinen Führungsschicht (etwa militärisch-politische Ausbildung der Vollbürger Spartas, juristisch-politische Schulung römischer Amtsanwärter), im Zeitalter des Absolutismus die Herausbildung eines sachverständigen Beamten­tums, mit dem Aufkommen des rechtstaatlichen Gedankens und des Nationalstaats kam der politischen Bildung zunehmend die Aufgabe zu, breite Bevölkerungsschichten für die Staatsidee (ggfs. auch Staatsideologie) zu gewinnen. Unterschiede zwischen totalitären und demokratischen Staatsformen lassen sich im Hinblick auf die politische Bildung darauf reduzieren, daß einerseits die Festlegung auf eine Ideologie angestrebt wird und andererseits gerade die Verhinderung einer solchen ideologischen Vereinheitlichung die „Ideologie“ einer liberalen Demokratie ist. Zielsetzung ist das Heranführen der Bürger (insbesondere — aber nicht nur — der Jugend) an das Verständnis und die Mitverantwortung für das politische Geschehen. Ganz in der Tradition der von den Amerikanern nach dem Zweiten Weltkrieg in Berlin gegründeten „Forschungsstelle für Psychologie des politischen Lebens“ wurde dieses Thema insbesondere von Walter Jacobsen, dem ersten Präsidenten des Berufsverbandes Deutscher Psychologen (BDP) nach dem Krieg, im Nachkriegsdeutschland aufgegriffen: Bereits auf dem 2. Kongreß des BDP 1949 in München plädierte Jacobsen (1949) für eine adäquate Initiierung und Ausstattung politisch-psychologischer Forschung in der Bundesrepublik, da diese als Grundlage für die politische Bildung unerlässlich ist. Neben (weiteren) programmatischen Beiträgen (siehe etwa Jacobsen, 1956; Hartmann, 1980) beschränkten sich Psychologen bis heute aber weitgehend auf die Publikation von Einführungs- und Lehrtexten für die Hand des Lehrers, die allzu oft durch „Hau-Ruck-Strategien“ gekennzeichnet sind, da in ihnen diverse Grundlagen der Psychologie und einige ihrer „highlights“

ohne großes Federlesen dargestellt und — man wagt es kaum zu sagen — auf das Thema „bezogen“ werden. Das Buch von Krieger (1978) zu „Psychologischen Aspekten politischer Bildung“ gehört sicherlich noch mit zu den besten in diesem Bereich. Als Spezialgebiet der Pädagogik ist die politische Bildung bei uns dagegen recht gut etabliert, es mangelt ihr aber an einer psychologischen Grundlegung. Das Feld wurde weitgehend Pädagogen und auch Soziologen überlassen, die alleine schon wegen der geringen Früchte, die die politische Bildungsarbeit augenscheinlich trägt, die Psychologie (und wohl auch die Politologie) stärker in ihre elterliche Pflicht nehmen sollten.

So kommen etwa Habermas et al. (1969(3), S. 276—277) in einer der wenigen empirischen Analysen des politischen Unterrichts an höheren Schulen zu dem Schluß, daß „der Unterricht, gemessen an seinen Konsequenzen für das Verständnis und die Bewältigung der politisch-ökonomischen Realität, in der die Befragten leben, unverbindlich bleibt.“; Naasner (1969, S. 135) stellte „eine nur geringe Beeinflussung der Einstellungen und des Wissens von Soldaten der Bundeswehr durch den ihnen vermittelten politischen Unterricht“ fest.

Es zeigen sich allenfalls erste Ansätze einer solchen psychologischen Grundlegung der politischen Bildung (siehe etwa Eckerle & Kraak, 1980; Preiser, 1982a). Psychologische Zielanalysen und -diskussionen, die Entwicklung von Unterrichtseinheiten und Lehrprogrammen, deren systematische Evaluation und theoretische Verankerung fehlen auf diesem Gebiet bislang fast völlig. Von psychologischer Seite sind bislang nicht die Grundlagen geschaffen worden, auf denen politische Bildungsarbeit effektiver gestaltet werden könnte. An zentraler Stelle sind hier die bereits diskutierten Forschungsbereiche der politischen Partizipation und Sozialisation zu nennen. Welche Perspektiven eröffnen sich nun für die Zukunft der politischen Bildung aus den zu diesen Bereichen skizzierten Perspektiven? Für die theoretische Grundlegung politischer Bildungsprogramme bietet sich der handlungstheoretische Ansatz an. Von Brandtstädter (1985) wird etwa ausgeführt, wie sich Verhaltens- und Orientierungsprobleme in der Adoleszenz (wie Diskrepanz-, Konflikt-, Verständigungs- und Sinngabungsprobleme) handlungstheoretisch rekonstruieren lassen und welche Konsequenzen sich etwa aus kontrolltheoretischen Überlegungen für Zielsetzungen wie „Aufbau stabiler Selbstkonzeptstrukturen“ und „Identifikation mit dem eigenen Handeln“ ableiten lassen. Anzunehmen ist zwar, daß sich Handlungsorientierungen vor allem im Jugend- und frühen Erwachsenenalter in der Auseinandersetzung mit den Entwicklungsaufgaben einer eigenständigen und selbstverantwortlichen

Lebensführung formieren, zugleich werden sie und entsprechende Orientierungsprobleme aber auch in der weiteren Entwicklung (also im gesamten Erwachsenenalter) relevant sein. Ein zentraler Stellenwert wird dabei dem Konzept der personalen Entwicklungskontrolle zukommen, unter dem wir im Sinne entwicklungsbezogenen Handelns die gezielte Beeinflussung von Entwicklungs- bzw. auch Altersverläufen durch die Person (Brandtstädter, Krampen & Greve, 1986) verstehen, und das mit spezifischen Entwicklungsorientierungen (wie Zielsetzungen, Erwartungen, Kontrollüberzeugungen) verbunden ist. Politische Handlungsorientierungen und Orientierungsprobleme machen dabei einen spezifischen Bereich aus. Das mit dieser aktionalen Entwicklungsperspektive als Anwendungsaspekt verbundene Konzept der Entwicklungsberatung (siehe hierzu Brandtstädter & Gräser, 1985) muß im Rahmen der politischen Bildung zwar eine gruppenorientierte Ausweitung erfahren, bleibt aber konzeptuell als solches bestehen und relevant. Es verwundert daher auch nicht, daß in neueren programmatischen Arbeiten zur politischen Bildung (vgl. Fietkau & Kessel, 1981; Preiser, 1983b; Nonnenmacher, 1984) deutliche handlungstheoretische Bezüge stecken. Praktische Umsetzungen und deren systematische Evaluation stehen aber aus, evtl. auch deshalb, weil diese Arbeiten doch noch zu stark allgemein-konzeptuell orientiert sind. Konkretisierungen stehen an, die die (noch) bestehende Lücke zwischen theoretischem Hintergrund und praktisch realisierbaren Bildungsprogrammen überbrücken (vgl. etwa exemplarisch dafür Kanig et al., 1983). Perspektiven dafür kann nicht nur der Ansatz der Entwicklungsberatung bieten. Vorstellbar ist etwa auch die Realisierung theoretisch abgeleiteter Programmbestandteile in „klassischen“ psychologischen Interventionsformen aus der Gruppendynamik, der Verhaltensanalyse (hier besser: Handlungsanalyse) und der kognitiven (Um-)Strukturierung. Fernziel könnte dabei ein „Bausteinprogramm“ der politischen Bildung sein, das — theoretisch angebunden und empirisch überprüft — variabel bei verschiedensten Zielgruppen und unter Rückgriff auf unterschiedliche Inhalte sowie Methoden eingesetzt werden kann. Betont sei bei dieser „Zukunftsmusik“, daß (1.) das theoretische Fundament in politischer Partizipations- und Sozialisationsforschung empirisch gesichert sein muß, und daß (2.) — im Sinne einer pluralistischen Politischen Psychologie und dem kritischen Modellismus/Konstruktivismus folgend — alle seine Aspekte (also etwa auch der theoretische Hintergrund) für Diskussionen und Veränderungen offen bleiben müssen, so daß auch hier fruchtbare „Re-Importe“ aus der Politischen Psychologie in die Psychologie allgemein möglich sind.

3. Schlußbemerkung

Damit möchte ich die Perspektiven für eine adäquatere psychologische Fundierung der Politischen Psychologie beschließen. Lücken mußten gelassen werden — aber ich glaube, daß auch für andere Kerninhalte der Politischen Psychologie (wie etwa psychobiographische Analysen, politische Propaganda und Beeinflussung, Umweltbewußtsein und Umweltplanung, Ideologianalysen und -kritik etc.) ähnliches gilt wie das Gesagte. Stärkere Anbindungen an die Theorien- und Methodenentwicklung der Psychologie allgemein sind nötig, um vorhandene Defizite und Retardationen abzufangen bzw. nicht entstehen zu lassen. Es eröffnen sich dann auch Chancen dafür, daß die Politische Psychologie die frühere Schrittmacher-Rolle über konstruktive Differenzierungen im Sinne positiver und negativer Rückkopplungen an die Psychologie allgemein oder im Sinne kreativer Neuentwürfe wiedergewinnt. Dabei soll natürlich nicht einer einseitig unidisziplinären Politischen Psychologie das Wort geredet werden. Multi-, im besseren Falle Interdisziplinarität ist notwendig. Es sollte aber von psychologischer Seite verstärkt der Gefahr vorgebeugt werden, daß der Gegenstandsbereich der Politischen Psychologie und auch ihr Methodenrepertoire durch die Dominanz von Pflege- oder Adoptiveltern eingeschränkt und reduziert wird. Da wissenschaftliche Hypothesen in prospektiv angelegten Studien, die auf (aktiven) Forschungsentwürfen basieren, einer härteren Bewährungsprobe unterworfen werden als in retrospektiven Analysen von dem, was an gesellschaftlicher Entwicklung o. ä. stattgefunden hat, läßt eine als Ausgleich zur aktuell dominierenden reaktiven politisch-psychologischen Forschung (primär ausgerichtet an der Aufarbeitung gesellschaftlicher Entwicklungen und Phänomene) auch aktive, Grundlagenorientierte Politische Psychologie auch für ihre Anwendungen (etwa in der politischen Bildung und Politikberatung) mehr erhoffen als aktuell vorhanden ist.

Summary

With reference to the historical development of political psychology and the concentration to some research domains in its later history, it is shown that research in political psychology is more and more neglected by psychology and by political sciences. Large research domains are left to pedagogy, sociology, demography, and survey research, which results in a significant limitation of research topics in political psychology. A review of the long past and early history of political psychology is given. Perspectives

for a stronger relationship of research in political psychology to the development of theories and methodology in psychology are discussed with reference to research concerning political education, political participation and political socialization.

Literatur

- Adorno, T. W.*: Starrheit und Integration. Psychologische Rundschau, 1959, **10**, 292—294.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswick, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N.*: The authoritarian character: Studies in prejudice. New York: Scribners, 1950.
- Asb, M. G.*: Disziplinentwicklung und Wissenschaftstransfer — Deutschsprachige Psychologen in der Emigration. Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, 1984, **7**, 207—226.
- Atteslander, P.*: Empirische Sozialforschung über das Wahlverhalten. Universitas, 1982, **37**, 1063—1068.
- Balch, G. I.*: Multiple indicators in survey research: The concept of „sense of political efficacy“. Political Methodology, 1974, **1**, 1—43.
- Bandura, A.*: Self-efficacy. Psychological Review, 1977, **84**, 191—215.
- Barnes, S. H., Kaase, M., Allerbeck, K. R., Farah, B. G., Heunks, F., Inglehardt, R., Jennings, M. K., Klingemann, H. D., Marsh, A. & Rosenmayr, L.*: Political action. Beverly Hills/Calif.: Sage, 1969.
- Brandtstädter, J.*: Apriorische Elemente in psychologischen Forschungsprogrammen. Zeitschrift für Sozialpsychologie, 1982, **13**, 267—277.
- Brandtstädter, J.*: Entwicklungsprobleme des Jugendalters als Problem des Aufbaus von Handlungsorientierungen. In: *Liepmann, D. & Stiksrud, A.* (Ed.), Entwicklungsaufgaben und Bewältigungsprobleme in der Adoleszenz. Göttingen: Hogrefe, 1985, S. 5—12.
- Brandtstädter, J. & Gräser, H.* (Ed.): Entwicklungsberatung unter dem Aspekt der Lebensspanne. Göttingen: Hogrefe, 1985.
- Brandtstädter, J., Krampen, G. & Greve, W.*: Personal control over development. Berichte aus der Arbeitsgruppe „Entwicklung und Handeln“ an der Universität Trier, Heft 17, 1986
- Brandtstädter, J., Krampen, G. & Heil, F. E.*: Personal control and emotional evaluation of development in partnership relations during adulthood. In: *Baltes, M. M. & Baltes, P. B.* (Ed.), Aging and the psychology of control. Hillsdale, N.J.: Erlbaum (im Druck), 1985.
- Braun, K.-H.*: Einführung in die Politische Psychologie. Köln: Pahl-Rugenstein, 1978.
- Claus, G., Kukla, H., Lompscher, J., Rösler, H.-D., Timpe, K.-P. & Vorweg, G.* (Ed.): Wörterbuch der Psychologie. Leipzig: VEB Bibliographisches Institut, 1981(3).

- Crawford, T. & Naditch, M.*: Relative deprivation, powerlessness, and militancy. *Psychiatry*, 1977, **35**, 208—223.
- Dörner, D., Kreuzig, H. W., Reither, F. & Stäudel, T.*: Lohhausen: Vom Umgang mit Unbestimmtheit und Komplexität. Bern: Huber, 1982.
- Downs, A.*: An economic theory of democracy. New York: Harper & Row, 1957.
- Eckerle, G. & Kraak, B.*: Ansatzpunkt Denkverhalten — Ziel: Selbst- und Mitbestimmung. In: *Hartmann, K. D.* (Ed.), Politische Bildung und politische Psychologie. München: Fink, 1980, S. 236—243.
- Erikson, E. H.*: Hilter's imagery and German youth. *Psychiatry*, 1942, **5**, 475—493.
- Eyferth, K.*: Starrheit und Integration. *Psychologische Rundschau*, 1959, **10**, 159—169.
- Fietkau, H. J.*: Umweltbewußtsein und Wahlverhalten. *Zeitschrift für Umweltpolitik*, 1979, **2**, 93—111.
- Fietkau, H. J.*: Umweltpsychologie und Umweltkrise. In: *Fietkau, H. J. & Görlitz, D.* (Ed.), Umwelt und Alltag in der psychologischen Forschung. Weinheim: Beltz, 1981, S. 113—135.
- Fietkau, H. J. & Kessel, H.*: Einleitung und Modellansatz. In: *Fietkau, H. J. & Kessel, H.* (Ed.), Umweltlernen. Königstein: Hain, 1981, S. 1—14.
- Filipp, S.-H.*: Ein allgemeines Modell für die Analyse kritischer Lebensereignisse. In: *Filipp, S.-H.* (Ed.), Kritische Lebensereignisse. München: Urban & Schwarzenberg, 1981, S. 3—52.
- Fischer, M.*: Umweltplanung. *Report Psychologie*, 1985, **39**(5), 11—14 und **39**(6), 9—13.
- Fishbein, M. & Ajzen, I.*: Belief, attitudes, intention and behavior. Reading/Mass.: Addison-Wesley, 1975.
- Frenkel-Brunswik, E. & Sanford, R. N.*: Some personality factors in anti-semitism. *Journal of Psychology*, 1945, **20**, 271—291.
- Freud, S.*: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Leipzig: Internationaler Psychoanalytischer Verlag (= Studienausgabe Band IX. Frankfurt/Main: Fischer, 1974, 1921, S. 61—134, 1921).
- Fröhner, R.*: Umfrage über Umfragen. Vortrag auf dem 20. Jahreskongreß des Bundesverbandes Deutscher Markt- und Sozialforscher in München, Juni 1985.
- Fromm, E.*: Escape from freedom. New York: Holt, 1941.
- Gage, N. L.* (Ed.): Handbook for research on teaching. Chicago: Rand-McNally, 1963.
- Guest, A. M.*: Subjective powerlessness in the US. *Social Science Quarterly*, 1974, **54**, 827—842.
- Günther, U.*: Politische Psychologie: Ein Systematisierungsvorschlag. In: *Preiser* (Ed.), 1982b, S. 294—303.
- Habermas, J., Friedeburg, L. von, Oehler, C. & Wetz, F.*: Student und Politik. Neuwied: Luchterhand, 1969(3).
- Hartmann, K. D.*: Zur Einführung. In: *Hartmann, K. D.* (Ed.), Politische Bildung und politische Psychologie. München: Fink, 1980, S. 7—27.
- Heckhausen, H.*: Motivation und Handeln. Berlin: Springer, 1980.
- Hess, R. D. & Torney, J. V.*: The development of political attitudes in children. Chicago: Aldine, 1970(2).
- Himmelweit, H. T., Humphreys, P., Jaeger, M. & Katz, M.*: How do voters decide. London: Academic Press, 1981.
- Horkheimer, M.* (Ed.): Studien über Autorität und Familie. Paris: Alcon, 1936.
- Hyman, H. H.*: Surveys in the study of political psychology. In: *Knutson* (Ed.), 1973a, S. 412—423.
- Hyman, H. H. & Sheatsley, P. B.*: Some reasons why information campaigns fail. *Public Opinion Quarterly*, 1947, **11**, 412—423.
- Irle, M.*: Lehrbuch der Sozialpsychologie. Göttingen: Hogrefe, 1975.
- Jacobsen, W.*: Psychologie in der Politik. In: *Zeise, L.* (Ed.), Psychologie im Leben (= Kongreßbericht BDP, München 1949). München: Psychologisches Institut (Selbstverlag), 1949, S. 52—58.
- Jacobsen, W.*: Beiträge der Psychologie zu Bemühungen um politische Bildung. *Psychologische Rundschau*, 1956, **7**, 224—230.
- Kanig, G., Oser, F., Schläfli, A. & Hinder, E.*: Konzeption und Evaluation einer Intervention zum ‚sozialmoralischen Lernen‘. In: Lürer, G. (Ed.), Bericht über den 33. Kongreß der DGfPs in Mainz 1982. Band 2. Göttingen: Hogrefe, 1983, S. 595—598.
- Kempf, W.*: Zur Sozialpsychologie der Friedensbewegung. *Zeitschrift für Sozialpsychologie und Gruppendynamik*, 1984, **9**, 26—37.
- Knutson, J. N.* (Ed.): Handbook of Political Psychology. San Francisco: Jossey-Bass, 1973a.
- Knutson, J. N.*: Personality in the study of politics. In: *Knutson* (Ed.) 1973a, 1973b, S. 28—56.
- Kohr, H. U., Räder, H.-G. & Zoll, R.*: Soziales und politisches Engagement in der Bevölkerung. *Politische Vierteljahrszeitschrift*, 1981, **22**, 210—231.
- Krampen, G.*: Differentialpsychologie der Kontrollüberzeugungen. Göttingen: Hogrefe, 1982.
- Krampen, G.*: Handlungstheoretische Perspektiven zur Analyse politischer Partizipation und Apathie. In: *Moser, H. & Preiser, S.* (Ed.), Umweltprobleme und Arbeitslosigkeit. Weinheim: Beltz, 1984a, S. 27—42.
- Krampen, G.*: Persönlichkeitspsychologische Aspekte handlungstheoretischer Modelle vom Erwartungs-Wert-Typ. Trier: Universität Trier, Fachbereich I (Habilitationsschrift), 1984b.
- Krampen, G.*: Politische Psychologie — Ein Stiefkind in der Forschung zweier junger Disziplinen? *Trierer Psychologische Berichte*, 1985a, **12**, Heft 4.
- Krampen, G.*: Handlungstheoretische Analysen politischen Engagements: Theoretischer Ansatz und erste empirische Befunde. *Trierer Psychologische Berichte*, 1985b, **12**, Heft 6.

- Krampen, G.*: Kontrollüberzeugungen. In: *Herrmann, T. & Lantermann, E.* (Ed.), *Persönlichkeitspsychologie — Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen*. München: Urban & Schwarzenberg, 1985c, S. 265—271.
- Krampen, G.*: Politische AKÜSPRA: Zu den semantischen Eigenschaften politischer Begriffe und ihre Abkürzungen. *Sprache & Kognition*, 1985d, 4, 154—173.
- Krampen, G. & Terwint, P.*: Handlungsorientierungen und politische Partizipation im Wandel (Manuskript in Vorbereitung), 1985.
- Krampen, G. & Wünsche, P.*: Konstrukte und Indikatoren politischen Engagements — Literaturübersicht und Experimentalversion des Trierer Inventars zur Politischen Partizipation (TIPO). *Trierer Psychologische Berichte* 11, Heft 7, 1984.
- Krampen, G. & Wünsche, P.*: Handlungstheoretische Analysen politischer Partizipation: Empirische Prüfung eines differenzierten Erwartungs-Wert-Modells. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 1985, 16, 270—279.
- Krieger, R.*: Psychologische Aspekte politischer Bildung. Düsseldorf: Schwann, 1978.
- Krieger, R.*: Politische Sozialisation im Übergangsfeld Schule — Beruf. In: *Preiser* (Ed.) 1982b, S. 85—95.
- Küble, H.-J.*: Wiederholen sich die Fehler? In: *Lüer, G.* (Ed.), Bericht über den 33. Kongreß der DGfPs in Mainz 1982. Band 1. Göttingen: Hogrefe, 1983, S. 383—387.
- Laswell, H. D.*: *Psychopathology and politics*. Chicago: University of Chicago Press, 1930.
- Laswell, H. D.*: *World politics and personal insecurity*. New York: McGraw-Hill, 1935.
- Laucken, U.*: Aspekte der Auffassung und Untersuchung von Umgangswissen. *Schweizerische Zeitschrift für Psychologie und ihre Anwendung*, 1982, 41, 87—113.
- Lazarus, R. S.*: Streß und Streßbewältigung. In: *Filipp, S.-H.* (Ed.), *Kritische Lebensereignisse*. München: Urban & Schwarzenberg, 1981, S. 198—232.
- LeBon, G.*: *Psychologie des foules*. Paris: Alcon (deutsch: *Psychologie der Massen*. Stuttgart: Kröner 1951, (1908)), 1895.
- Lem, S.*: *Eine Minute der Menschheit*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1983.
- Lewin, K., Lippitt, R. & White, R. K.*: Patterns of aggressive behavior in experimentally created „social climates”. *Journal of Social Psychology*, 1939, 10, 271—299.
- Lukesch, H.*: *Erziehungsstile*. Stuttgart: Kohlhammer, 1975.
- Maslow, A. H.*: Authoritarian character structure. *Journal of Social Psychology*, 1943, 18, 401—411.
- Milbrath, L. W. & Goel, M. L.*: *Political participation*. Chicago: Rand McNally, 1977(2).
- Mitchell, T. R.*: Expectancy models of job satisfaction, occupational preference and effort. *Psychological Bulletin*, 1974, 81, 1053—1077.
- Muller, E. N.*: Ein Modell zur Vorhersage aggressiver politischer Partizipation. *Politische Vierteljahrszeitschrift*, 1978, 19, 514—558.
- Muller, E. N.*: An exploratory model for differing types of participation. *European Journal of Political Research*, 1982, 10, 1—16.
- Naasner, W.*: Die Beeinflussung von Bundeswehr-Soldaten durch politischen Unterricht. In: *Hartmann, K. D.* (Ed.), *Politische Beeinflussung*. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt, 1969, S. 322—335.
- Niemi, R. G.*: Political socialization. In: *Knutson* (Ed.), 1973a, S. 117—138.
- Nonnenmacher, F.*: *Politisches Handeln von Schülern*. Weinheim: Beltz, 1984.
- Opp, K. D.*: *Methodologie der Sozialwissenschaften*. Reinbek: Rowohlt, 1970.
- Opp, K. D., Burow-Auffarth, K. & Heinrichs, U.*: Conditions for conventional and unconventional political participation. *European Journal of Political Research*, 1981, 9, 147—168.
- Opp, K. D., Burow-Auffarth, K., Hartmann, P., von Witzleben, T., Pöhls, V. & Spitzley, T.*: *Soziale Probleme und Protestverhalten*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984.
- Preiser, S.*: Entwicklungs-, lern- und sozialpsychologische Voraussetzungen politischer Bildung. In: *Nitschke, V. & Sandmann, F.* (Ed.), *Neue Ansätze zur Methodik des politischen Unterrichts*. Stuttgart: Metzler, 1982a, S. 89—128.
- Preiser, S.* (Ed.): *Kognitive und emotionale Aspekte politischen Engagements*. Weinheim: Beltz, 1982b.
- Preiser, S.* (Ed.): *Soziales und politisches Engagement*. Weinheim: Beltz, 1983a.
- Preiser, S.*: Alltagstheorien von Laien als Brücke zwischen psychologischer Forschung und politischer Bildung. In: *Kohr, H. U., Krieger, R. & Räder, H.-G.* (Ed.), *Reproduktion von Gesellschaft*. Weinheim: Beltz, 1983b, S. 220—224.
- Reich, W.*: *The mass psychology of fascism*. New York: Orgone Press, 1933.
- Sanford, N. R.*: Authoritarian personality in contemporary perspective. In: *Knutson* (Ed.), 1973a, S. 139—170.
- Scherke, F.*: Psychopolitik. *Der Psychologe*, 1959, 11, 329—336.
- Scherke, F.*: *Der politische Charakter*. Stuttgart: Hirzel, 1961.
- Schneewind, K. A.*: Annäherungen an die „autoritäre Persönlichkeit”: Sechs Thesen zu einem noch immer aufstörenden Thema. In: *Daumelang, K. & Sauer, J.* (Ed.), *Aspekte und Probleme der Angewandten Psychologie*. Festschrift für *Erwin Roth*. Göttingen: Hogrefe (im Druck), 1985.
- Schneewind, K. A., Beckmann, M. & Engfer, A.*: *Eltern und Kinder*. Stuttgart: Kohlhammer, 1983.
- Schneider, M.*: *Werte und Persönlichkeit*. Frankfurt/Main: Haag & Herchen, 1983.

- Schumpeter, J. A.*: Capitalism, socialism and democracy. New York: Harper & Brothers (deutsch: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München: Francke, 1972(3)), 1942.
- Simon, H. A.*: Models of man, social and rational. New York: Wiley, 1957.
- Six, B.*: Die Relation von Einstellung und Verhalten. Zeitschrift für Sozialpsychologie, 1975, 6, 270—296.
- Smedslund, J.*: Analyzing the primary code: From empiricism to apriorism. In: *Olson, D. R.* (Ed.), The social foundations of language and thought. New York: Norton, 1980, S. 47—73.
- Smith, M. B.*: A map for analysis of personality and politics. Journal of Social Issues, 1968, 24(3), 15—28.
- Steck, P.*: Zur Frage der Abhängigkeit politischer Einstellungen von Persönlichkeitseigenschaften. In: *Wehner, E. G.* (Ed.), Würzburger Psychologische Untersuchungen, Band 3. Frankfurt/Main: Lang, 1976, S. 165—189.
- Stevens, O.*: Children talking politics. Oxford: M. Robertson, 1982.
- Streffeler, F.*: Politische Psychologie. Hamburg: Hoffmann & Campe, 1975.
- Tausch, A.-M.*: Empirische Untersuchungen über das Verhalten von Lehrern gegenüber Kindern in erziehungsschwierigen Situationen. Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie, 1958, 5, 127—163.
- Ueblinger, H.-M.*: Die Partizipationsform der 80er Jahre: Direkte Aktion. In: *Stiksrud, A.* (Ed.), Jugend und Werte. Weinheim: Beltz, 1984, S. 113—130.
- Verba, S. & Nie, N. H.*: Participation in America. New York: Harper & Row, 1972.
- Vollmer, F.*: How does the expectancy-value models in psychology explain human action? Scandinavian Journal of Psychology, 1982, 23, 87—97.
- von Baeyer-Katte, W.*: Politische Psychologie. In: *Arnold, W., Eysenck, H. J. & Meili, R.* (Ed.), Lexikon der Psychologie, Band 2. Freiburg: Herder, 1971, S. 803—812.
- Weede, E.*: Unzufriedenheit, Protest und Gewalt. Politische Vierteljahrszeitschrift, 1975, 16, 409—428.
- Wieberg, H.-J. W. & Krampen, G.*: Einige Überlegungen zum Zusammenhang von Variablen der Kontrollüberzeugungen mit politisch-kultureller Systemzugehörigkeit einerseits und politischem Engagement andererseits. In: *Preiser* (Ed.), 1982b, S. 163—171.
- Winborn, B. B. & Jansen, D. G.*: Personality characteristics of campus social-political action leader. Journal of Consulting Psychology, 1967, 14, 509—513.